

«Einflussnahme auf einen Prüfer ist möglich»

Rudolf Strahm über heikle Interessenkonflikte in selbstregulierten Branchen

Ingenieurbüros kontrollieren, ob Klimaprojekte tatsächlich CO₂ reduzieren. Doch Prüfer und Geprüfte stehen sich zum Teil zu nahe, und der Bund hat zu wenig Aufsichtskompetenz. Was halten Sie davon?

Es ist das ewige Krebsgeschwür der Selbstregulierung. Das sehen wir auch in anderen Bereichen, zum Beispiel mit der Geldwäschereibekämpfung bei den Vermögensverwaltern. Dahinter steckt immer auch eine Selbstbedienungsmentalität nach dem Motto: Die Kontrollierten kontrollieren ihre Kontrolleure.



Ökonom Rudolf Strahm

Wo liegt das Problem?

Ein solches System birgt die Gefahr, teuer und ineffizient zu sein sowie Schlupflöcher zu bieten.

Welche Schlupflöcher?

Wer gut vernetzt ist, kann sich Vorteile verschaffen. Zudem ist die Einflussnahme auf einen Prüfer nicht ausgeschlossen.

Sie sprechen die Gefahr der Korruption an?

Die gilt es frühzeitig zu eliminieren. Das Problem der Befangenheit von staatlichen oder privaten Kontrolleuren im Auftrag des Staates ist weltweit wissenschaftlich längst als Gefahr erkannt. Nur in der Schweiz redet niemand darüber. Es gibt im Klimaschutz wenige Flechte. Ist ein gewisser Filz nicht verständlich?

Gerade deshalb braucht es eine neutrale, hoheitliche Aufsicht auf die private Prüfstelle. Also eine Kontrolle, die selber kein Interesse hat. Und die mit scharfen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet ist. Catherine Boss

Der Filz im Milliardengeschäft mit dem Klimawandel

Projekte gegen die Erderwärmung sind ein Zukunftsmarkt. Doch das junge System hat gefährliche Mängel – Kontrolleure und Kontrollierte verbinden langjährige Geschäftsbeziehungen

Lena Würgler und Catherine Boss

Bern Der Markt für Klimaschutzprojekte in der Schweiz ist milliardenschwer. Das Geschäft ist wichtig für die Einhaltung der international vereinbarten Klimaziele. Doch ausgerechnet in dieser Branche, in der Ethik, Moral und Glaubwürdigkeit höchstes Gut sein müssten, herrscht zum Teil ein Filz, wie man ihn sonst selten antrifft.

Wichtige Akteure sind einige wenige renommierte Ingenieurbüros, mehrheitlich aus dem Raum Zürich. Sie tauchen in allen Rollen auf: Sie beraten und begleiten Klimaprojekte, sie investieren in Innovationen im Umweltbereich. Und sie fungieren als Prüfstellen.

Autofahrer zahlen mit jedem Liter Benzin in den Geldtopf ein

Das Geld kommt von den Autofahrern. Treibstoffimporteure müssen per Gesetz verursachte CO₂-Emissionen kompensieren, indem sie Geld in Klimaschutzprojekte stecken. Sie verlangen dafür von Automobilisten eineinhalb Rappen für jeden Liter Benzin oder Diesel – eine Art staatliche Steuer, die Private erheben, wobei sie selbst für die Projekte nichts aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen», nennt Johann Dupuis von der Universität Lausanne das System.

Jährlich werden rund 120 Millionen Franken verteilt – bis 2020 werden es gegen eine Milliarde sein. Zurzeit erhalten 75 Projekte finanzielle Mittel. Das reicht von Kompost- und Biogasanlagen oder Sägereien bis hin zu grossen Fernwärmeprojekten. Neben vielen kleinen erhalten auch grosse Anlagebesitzer wie die Axpo Geld.

Die Projektbesitzer müssen nachweisen, dass sie nur dank dieser Subvention zusätzliches CO₂ kompensieren können. Die Mittel fliessen aber erst, wenn eine private Prüfstelle ihren Segen gibt. Pikant: Der Besitzer der Anlage darf das Kontrollbüro selber bestimmen.

Recherchen zeigen: Prüfer und Geprüfte verbinden zuweilen problematisch nahe Geschäftsbeziehungen. Es sind personelle Verflechtungen, die den Anschein von Befangenheit wecken. Ein Beispiel ist die Biogasbranche. Der Verein Ökostrom Schweiz hat verschiedene Projekte, darunter eins mit dem Namen Bündel I. In drei Anlagen wird aus Mist und Gülle von Kühen, Hühnern, Schweinen und Pferden Biogas hergestellt.

Ökostrom Schweiz kann dafür an die Treibstoffimporteure CO₂-Bescheinigungen im Wert von 770 000 Franken verkaufen. Für ein zweites Projekt – Bündel II – erhält Ökostrom Schweiz 2,1 Mil-

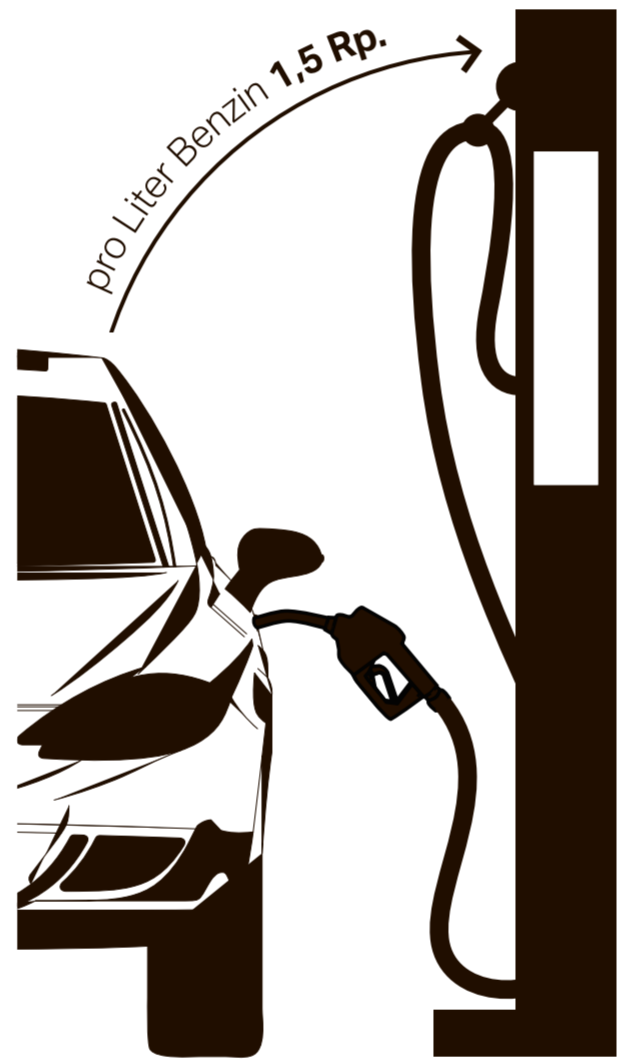
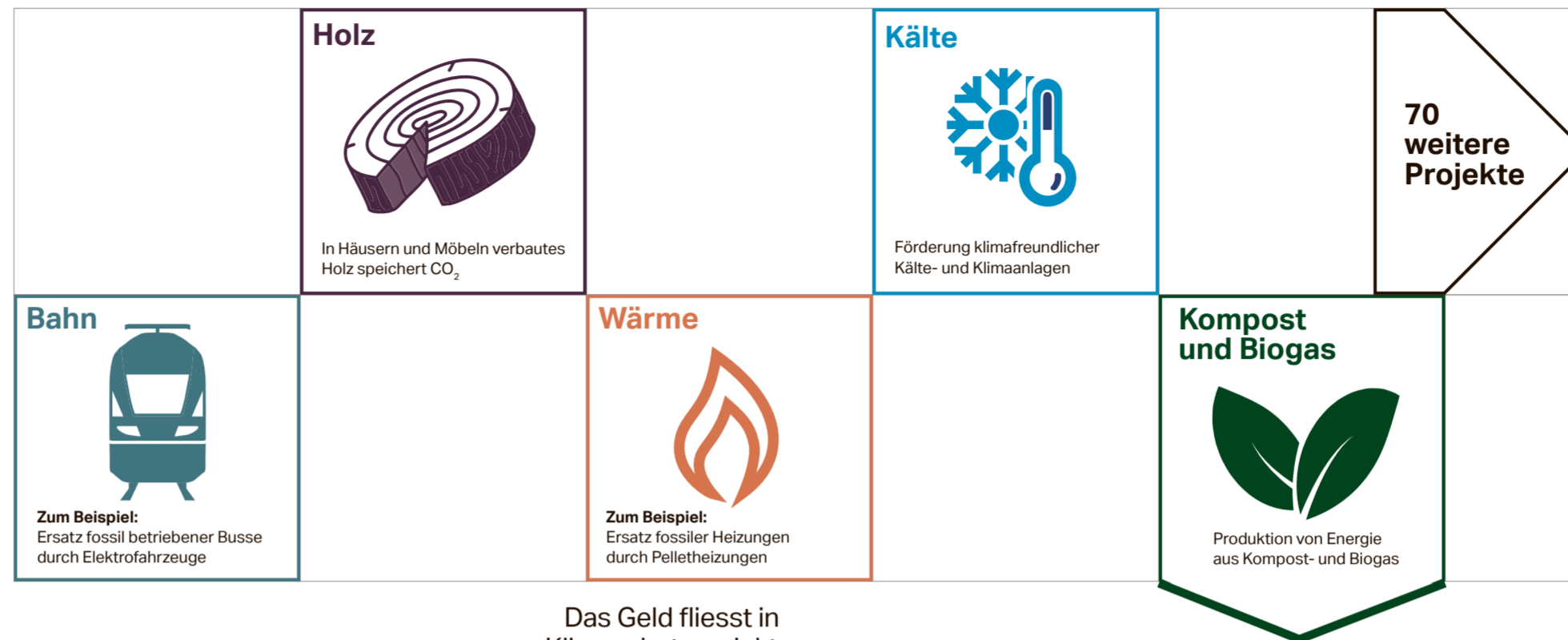
lionen Franken. Als Prüfstelle hat der Verein zum Beispiel für das Projekt Bündel I das Zürcher Umweltingenieurbüro Ernst Basler und Partner (EBP) ausgesucht.

In jeder anderen Branche gäbe es zwischen dem Büro der Kontrolleure und den Geprüften eine stricte Trennung. Nicht so in diesem Fall. Hans Christian Angele, Geschäftsleitungsmitglied und Partner bei EBP, ist gleichzeitig auch Direktor von Biomasse Suisse, dem Verband der Betreiber von Biogasanlagen. Ruft man den Verband an, landet man direkt bei EBP. Auch die Geschäftsadresse ist dort. Mit anderen Worten: Eine der wichtigsten Prüfstellen für Biogasprojekte ist gleichzeitig auch Geschäftsstelle des Interessenverbands dieser Branche.

Eidgenössische Finanzkontrolle kritisiert System scharf

Die nötige Distanz fehlt komplett. Hans Christian Angele, EBP-Kadernmitglied, und Stefan Mutzner, Geschäftsleiter von Ökostrom Schweiz, sind beide im Verband tätig. Weiter haben sie zusammen die Firma Agrocleantech gegründet, die in der Landwirtschaft Klimaschutzprojekte initiiert, finanziert und begleitet. Das Duo Angele und Mutzner geschäftet also in verschiedenen Bereichen zusammen

Von Autofahrern bezahlter Klimaschutz – der Filz zwischen Prüfern und Geprüften

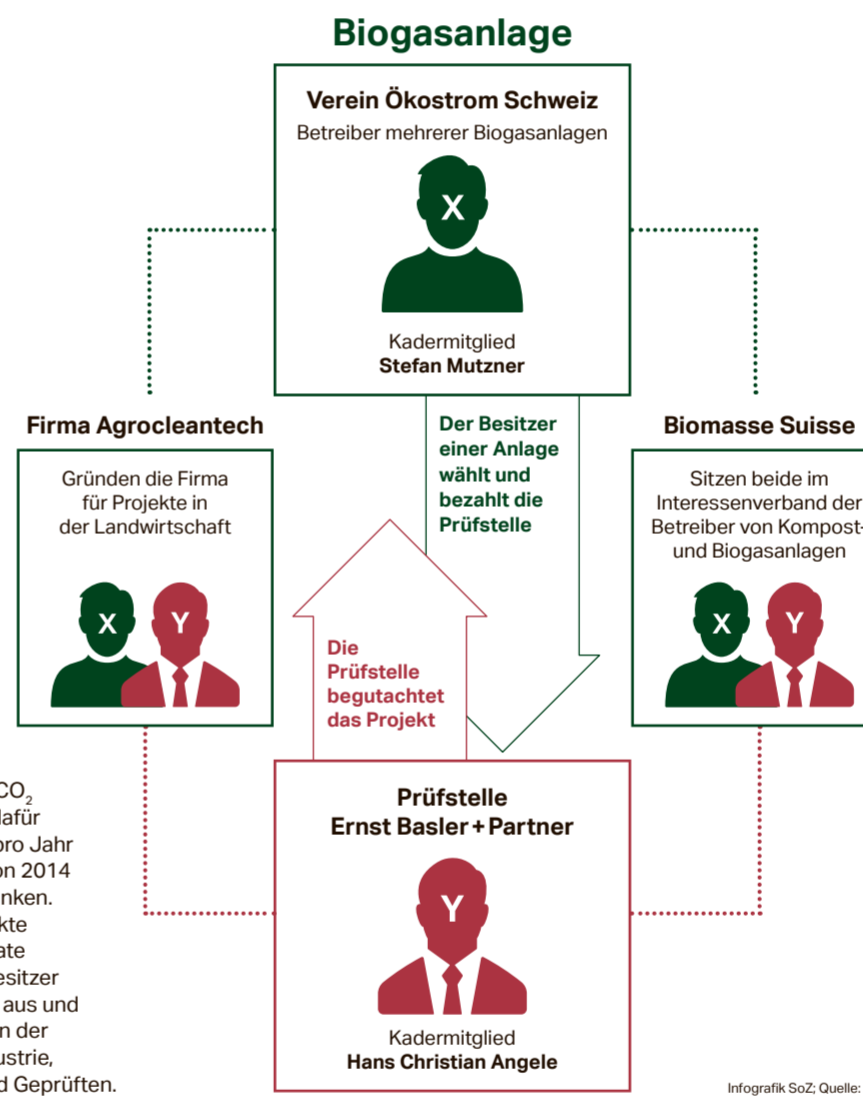


Das Geld fliesst in Klimaschutzprojekte verschiedener Bereiche

121 Millionen Fr.

Fehlende Unabhängigkeit

Treibstoffimporteure müssen per Gesetz CO₂ kompensieren. Automobilisten bezahlen dafür 1,5 Rappen pro Liter Benzin. So kommen pro Jahr über 120 Millionen Franken zusammen. Von 2014 bis 2020 sind das gegen eine Milliarde Franken. Mit dem Geld werden Klimaschutzprojekte finanziert. Damit Geld fliesst, müssen private Prüfstellen die Projekte gutheissen. Die Besitzer von Anlagen wählen die Prüfstellen selbst aus und bezahlen sie – ohne Preise offenzulegen. In der Biogas-Branche, aber auch in der Holzindustrie, existiert zu viel Nähe zwischen Prüfern und Geprüften.



– der Kontrolleur und der Kontrollierte verbindet eine langjährige Geschäftsbeziehung.

Es geht sogar noch direkter: Eine der EBP-Prüferinnen für Bündel I hat mit Ökostrom-Chef Mutzner eine Studie publiziert. Das, obwohl sie wie alle Prüfer eine Unabhängigkeitserklärung unterschrieben hat.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat im Frühjahr scharf die Intransparenz des Systems der CO₂-Bescheinigungen kritisiert. Martin Köhli von der EFK sagt: «Die Recherche unterstützt unsere Feststellungen. Es braucht bei den Prüfstellen mehr Unabhängigkeit.» Und sein Chef, Michel Huissoud, meint: «Enge Beziehungen zwischen Prüfern und Geprüften sind nicht vertrauensbildend.» Es müsse jeder Anschein von Befangenheit vermieden werden.

Angele von EBP sieht keinen Interessenkonflikt. Er selbst sei nicht in die Prüfung der Klimaprojekte involviert. Sein Büro sei gegenüber Themen wie Einflussnahme auf Ergebnisse oder Korruption sensibilisiert. «Ich bin absolut überzeugt, dass es da keine Probleme gibt. Wir nehmen aber Kritik entgegen und werden prüfen, ob wir Anpassungen vornehmen sollen.» Und Mutzner von Ökostrom erklärt: «Ich sehe keinen Nachteil durch die jahrelange Zusammenarbeit.» Es gebe im Prüfungsverfahren keinen Spielraum für Unregelmässigkeiten. Und: «Es gibt nicht sehr viele Leute, die das nötige Wissen haben. Deshalb gibt es unweigerlich Beziehungsnetze», sagt er.

Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) sagt, sie vertrauen darauf, dass Interessenkonflikte offen gelegt würden. «Wenn sich jetzt inakzeptable Verflechtungen zeigen, müssen wir über die Bücher», sagt Andrea Burkhardt, Chef der Abteilung Klima.

Wie viel den Kontrolleuren gezahlt wird, ist geheim

Besonders problematisch sind die Verflechtungen, weil sich vieles im Dunkeln abspielt. Die Projektbetreiber dürfen nicht nur die Prüfstelle wählen, es ist geheim, wie viel sie den Kontrolleuren bezahlen. Auf Anfrage wollen sie keine genauen Preise nennen. Auch das Bafu kennt die Beträge nicht. Es ist die Rede davon, dass die ganze Entwicklung eines Projekts mit allen Prüfberichten zwischen 30 000

und 50 000 Franken kostet. Für Grossprojekte liegt der Betrag um ein Vielfaches höher. Es gibt Besitzer von kleinen Anlagen, die nicht mitmachen, weil sie für die Prüfberichte der Ingenieurbüros mehr bezahlen müssten, als sie aus dem Geldtopf erhalten würden.

Bis zu 70 Prozent der Prüfdossiers sind ungenügend

Und: Nicht wenigen Prüfberichten mangelt es an Qualität. Laut Insidern sind zwischen einem Drittel und bis zu 70 Prozent der Prüfdossiers, die beim Bafu landen, ungenügend. Oft braucht es von der Behörde massive Nachbesserungen – auf Kosten der Steuerzahler. Das Fazit der Eidgenössischen Finanzkontrolle ist auch in diesem Punkt eindeutig: «Die Qualität muss insgesamt stark verbessert werden.» Die EFK verlangt von der Politik, dem Bafu Kompetenzen für eine verstärkte Kontrolle der Prüfstellen zu geben – bislang fehlt dazu die rechtliche Grundlage.

Das System produziert viele wichtige Projekte gegen CO₂-Emissionen. Doch nicht in jedem Fall ist klar, ob ein Vorhaben nicht nur dem Empfänger des Geldes, sondern auch tatsächlich dem Klima zugutekommt. So hat vor einem Jahr das Berner Beratungsbüro Ecoplan einen Projektantrag des Autogewerbeverbandes Schweiz (AGVS) gutgeheissen. Der Auto-Verband gibt an, er könne bis 2020 50 000 Tonnen CO₂ kompensieren. Dafür würde er, sollte das Projekt in einem nächsten Schritt akzeptiert werden, 5 Millionen Franken kassieren. Die Idee besteht darin, dass er Garagisten anhält, Autoreifen um 0,3 Bar stärker aufzupumpen – damit werde der Rollwiderstand reduziert. Garagen erhalten pro Auto einen Franken.

Nur: Der AGVS will für etwas Geld, das vielerorts längst praktiziert wird. Die Sonntagszeitung hat eine Vielzahl von Autowerkstätten angefragt. Praktisch alle Garagisten sagen, sie würden die Reifen seit vielen Jahren schon um mindestens 0,2 Bar über den Herstellerangaben aufpumpen – das hätte ihnen schon der Lehrmeister beigebracht. Der ABVS ist anderer Meinung – bereits hätten sich 200 Garagen bereit erklärt mitzumachen. **Kommentar — 18**

recherchedesk@sonntagszeitung.ch

Anzeige

Der Schweiz Sorge tragen! NEIN zur überhasteten Ausstiegsinitiative!



Eva Jaisli
CEO
PB Swiss Tools



Peter Spuhler
Unternehmer
Stadler Rail



Pierin Vincenz
VR-Präsident Helvetia
und Repower Group



Hansueli Loosli
VR-Präsident
Swisscom

am 27. November

Nein

Wer einen geordneten Atomausstieg und eine sichere Stromversorgung will, sagt NEIN zur extremen Ausstiegsinitiative!

Überparteiliches Komitee «NEIN zur Ausstiegsinitiative», Postfach 2255, 3001 Bern

Aus dem gleichen Holz geschnitzt

In keine Klimaprojekte fliesst mehr Geld der Autofahrer als in die Holzindustrie – auch hier sind Projektleiter, Experten und Prüfer eng verbandelt

Bern Wenige Schritte vom Bahnhof von Chavornay VD entfernt, stapeln sich die Holzplanken meterhoch. Daneben liegen Stämme, die geschnitten werden müssten. Der Ort ist ruhig – zu ruhig für einen Arbeitstag. «Eine Maschine ist kaputt», sagt Jean-Louis Dutoit, der Sägereidirektor. Und er musste einen Angestellten mit einer schlimmen Wunde am Finger ins Spital schicken.

Die guten Tage, sie seien in der Schweizer Holzbranche schon vor Jahren seltener geworden, sagt Direktor Dutoit.

Zwischen 2007 und 2013 ist die Holzproduktion um ein Drittel zurückgegangen. Und in den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der Sägereien von 540 auf 300 gefallen.

2013 kam plötzlich neue Hoffnung auf. Mit der Verpflichtung, CO₂ zu reduzieren, gewann in der Schweiz und international das Holz wieder an Attraktivität.

Experten berechneten, dass in Häusern und Möbeln verbautes Holz grosse Mengen CO₂ speichert.

Weil die Treibstoffimporteure gesetzlich verpflichtet sind, CO₂ zu kompensieren, fliessen insgesamt rund 120 Millionen Franken in Klimaprojekte. Die Importeure verlangen von den Autofahrern dafür 1,5 Rappen pro Liter Benzin. Und so war plötzlich die Holzverarbeitung nicht mehr eine serbelnde Branche, sondern ein zukunftssträchtiges Klimaprojekt. Man gründete den Verein Senke Schweizer Holz (SSH). Treibende Kraft war Hans-Rudolf Streiff, Direktor von Holzindustrie Schweiz, dem Verband der Sägereien und der Holzindustrie (SHIV). 2014 erhielt die Branche aus dem Geldtopf der Treibstoffimporteure 23 Millionen Franken – bis 2020 werden es zwischen 80 und 160 Millionen sein. Keine andere Branche – etwa Bio-

gas, Solar oder Fernwärme – hat so viel Geld bekommen. Erstaunlich dabei: Der SSH wählte selber die Methode, mit der eruiert wurde, wie viel zusätzliches CO₂ künftig gespeichert wird, wenn die Holzproduktion dank des Geldes der Autofahrer zunimmt. Vom Resultat hing ab, wie viel Geld floss. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hatte im Frühling in einem Bericht die Verlässlichkeit der Methode angezweifelt, sie basiere auf veralteten Werten.

Mehr noch: Als eine grosse Holzverarbeitungsfirma ihre Tore schloss, brauchte es neue Vorhersagen. Der Verein SSH liess dies von zwei Experten machen, den er selber auswählte. Einer davon war Andreas Hurst. Er kennt die Holzbranche wie kein anderer, ist Präsident der Fachgruppe Industrieholz (FGIH) im Verband Schweizer Holzindustrie. Sein Sekretär dort ist Hans-Rudolf Streiff, der

Verantwortliche für das Klimaprojekt Holz. Andreas Hurst sieht aber kein Problem: «Ich habe keine geschäftliche Beziehung zur Holzindustrie», sagt er. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat das Bundesamt für Umwelt gebeten, künftig ausländische Gutachter beizuziehen.

Das Prüfbüro besuchte nur 6 von 100 Sägereien

Bedenklich sind die personellen Verflechtungen auch, was die externe Prüfstelle betrifft. Das Zürcher Ingenieurbüro Geo Partner ist eine von zehn vom Bundesamt für Umwelt zugelassenen privaten Prüfstellen für Klimaprojekte. Die Experten begutachten, ob die Annahmen der Projektbesitzer plausibel sind und ob die CO₂-Reduktion tatsächlich erzielt wird. Sie erstellen zum Beispiel einen «Verifizierungsbericht», wie dies im Fachjargon heisst. Die Kontrolleure

müssen in jedem Fall eine Unabhängigkeitserklärung unterschreiben. Das Bundesamt für Umwelt zählt nach eigenen Angaben darauf, dass die Prüfer Interessenkonflikte offenlegen.

Der Verein Senke Schweizer Holz beauftragte Geo Partner zur Prüfung des Holzprojekts. Das Dossier untersuchte unter anderem Michael Gautschi, seit 2014 Geschäftsführer von Geo Partner. Er war mit dem Projekt bereits vertraut, denn zuvor war er Vize-Direktor des Verbands der Holzindustrie. Er war schon dort, als das Klimaprojekt Holz lanciert wurde. Wenige Monate nachdem Gautschi zu Geo Partner wechselte, liess sich das Ingenieurbüro als Prüfstelle im Bereich Holz akkreditieren. Michael Gautschi sagt: «Ich habe in diesem Projekt meine Arbeit gemacht, wie ich es auch für andere Auftraggeber tue.» Und der Projektverantwortliche Streiff

erhält als Klimaprojekt 23 Millionen Franken pro Jahr, doch die Datenlage für die Prüfung ist dürftig. Projektleiter Streiff räumt ein, dass sie sich bei der Kontrolle der Massnahmen der Sägereien auf Stichproben verlassen hätten.

Und tatsächlich: Die Holzbranche erhält als Klimaprojekt 23 Millionen Franken pro Jahr, doch die Datenlage für die Prüfung ist dürftig. Projektleiter Streiff räumt ein, dass sie sich bei der Kontrolle der Massnahmen der Sägereien auf Stichproben verlassen hätten. Lena Würgler, Catherine Boss